

Wie steht's mit der Inklusion, wenn's um Mitglieder geht?

In der Präambel der Bundessatzung der Partei DIE LINKE steht am Ende der tolerante Satz: „Die neue Linke ist plural und offen für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will.“ Wenn man dann erlebt, wie mit Mitgliederpluralität im KV-Trier-Saarburg umgegangen wird, dann klingen diese Worte wie Hohn und Spott. Eine bestimmte Mitgliedergruppe ist dort nämlich nicht erwünscht und man sucht alle Mittel, diese Personen außen vor zu halten.

Ein Mittel ist das *Aushungern-Lassen*, d.h. man schließt Mitglieder, auch wenn sie Ämter übernommen haben, einfach von allen Kommunikationsstrukturen aus: Man antwortet nicht auf ihre E-Mails, man informiert nicht über Termine, man agiert verdeckt und wendet Sachverhalte so, dass sie dem politischen Gegner zum Nachteil werden. Johannes Verbeek kann ein Lied davon singen. Die Strategie ruft nur noch ein müdes Gähnen hervor, behindert natürlich weiter massiv die Linke in Trier. Politisches Mobbing kann man das auch nennen.

Eine zweite Strategie, um die Meinungsbildung im KV Trier-Saarburg weiterhin kontrollieren zu können, war die unglaubliche Nummer mit den *Einsprüchen gegen Mitgliedschaften*. Dazu hat man alle Sätze, die jemand mal so gesagt hat und vor allem alle kritischen Äußerungen gegen Personen, die sich selbst als alleinige (!) Repräsentanten der Partei in Trier sehen, auf einem Blatt fein säuberlich zusammen geschrieben. Oder man sammelt alle Leserbriefe und Kommentare in Online-Foren einer Person, die eben nicht anonym, wie so viele andere, sondern unter ihrem Namen Katrin Werner kritisiert hat.

Der Einspruch gegen meine Mitgliedschaft wurde am 6. Mai 2010 zurückgezogen. Dazu musste ich mich selbst zu einer Anhörung in die KV-Sitzung einladen und Berlin bemühen, um den Termin in Erfahrung zu bringen. Eine Antwort auf E-Mails erhalte nämlich auch ich prinzipiell nicht. Eine kurze E-Mail-Bestätigung des Verzichts auf den Einspruch musste mir allerdings zugeschickt werden, eine Begründung wurde nur angekündigt - sie wird natürlich nicht kommen. Ich habe mir mein Anrecht auf eine Mitgliedschaft allerdings in einer umfangreichen Stellungnahme, die sich auf eine Formel reduzieren lässt, selbst begründet: Fundierte Kritik am Politikstil einer Person ist nun mal nicht Parteikritik. (Könnte man sonst je gegen eine Amtsträgerin stimmen? Wer müsste denn dann alles „ausgetreten werden“? Wo kämen wir denn da hin? Das hieß doch einmal anders!). Ein Mitglied muss sich zur Parteisatzung und zu den programmatischen Leitsätzen der Partei erklären, nicht aber die aktuellen Amtsinhaber/innen kritiklos anhimmeln. Das müsste eigentlich klar sein.

Was immer den KV-Vorstand letztendlich dazu gebracht hat, den machtpolitisch motivierten Einspruch gegen meine

Mitgliedschaft fallenzulassen, weiß ich nicht. Die Idee, Partei und Person zu trennen, war es wohl nicht. Denn Mitglied Nr. 2 hat mittlerweile auch erfahren, dass gegen seine Mitgliedschaft ebenfalls am 6. Mai abgestimmt worden war: Wegen Personenkritik an Katrin Werner darf *er* nun wiederum *nicht* Mitglied werden.

Zwei Einsprüche produzieren an einem Abend also direkt noch einen Widerspruch. Ob man schon müde war? Ob der kritische Geist fehlte, der auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht hätte? Jetzt sind wir nämlich bei Strategie 3 im hilflosen Kampf gegen Meinungspluralität im KV-Trier-Saarburg: *Mauscheleien bei Beschlüssen* (neu seit Mai 2010).

Ein Mitglied im Vorstand, das deutlich nach 23 Uhr die Sitzung verließ, weil alles besprochen war, hatte an diesem Abend nämlich keinen Tagesordnungspunkt vernommen, der die Verhandlung des zweiten Einspruchs gegen eine Mitgliedschaft betraf! Das muss also noch schnell zwischen den fünf verbleibenden Vorstandmitgliedern verhandelt worden sein (davon einer der Einspruch-Erheber gegen Mitglied Nr. 2, drei in Lohn und Brot über das Wahlkreisbüro, bleibt einer, der „nur loyal“ ist), obgleich man dem scheidenden Genossen, dem kritischen Geist, versichert hatte, dass man mit der Tagesordnung durch sei. Über diese Sitzung am 6.5.2010 kann der wegen eines anderen Termins entschuldigte KV-Vorsitzende Johannes Verbeek übrigens bis heute kein Protokoll erhalten, selbst wenn er dies mehrfach beim Schriftführer des KV zur Einsicht anfragt. (Aber das ist ja Strategie 1.)

Irgendwann kam mir mal die Idee, dass diese unterdrückte und in einer aktiven Mitgliedschaft behinderte Gruppe doch einfach mal einen offiziellen Integrationsantrag stellen könnte. Bei folgender Merkmalskombination gelingt die linke, programmgemäße (und von den meinungsbildenden Genossen und Genossinnen im KV sonst besonders laut) vertretene Inklusion nämlich nicht: *Lebenserfahrungen (d.h. älter als 40) + akademisch qualifiziert + beruflich etabliert + kein Diskriminierungshintergrund + eigene Meinung + unabhängig von den finanziellen Ressourcen der Partei*. Je mehr dieser Merkmale zusammentreffen, umso schlimmer steht es mit der Integration.

Dass es mit der Toleranz nicht weit her ist, weil die derzeitigen Mehrheiten im KV Trier-Saarburg eine begrenzte Idee davon haben, wie eine linke Politikhaltung sich zeigen darf - das ist für Außenstehende schon lange klar.

Dramatisch wird es enden, wenn es nun auch mit den „demokratischen Mitteln“ nicht mehr so klappen sollte.

Trier, den 30.5.2010

Veronika Verbeek